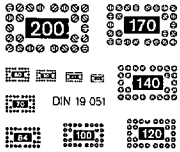


SPD

WIR

DIE JUGEND IN DEN 90ERN

-1036

Impressum:
Herausgeber: Bundesvorstand der Jusos in der SPD,
Verantwortlich: Bernhard Groth
Ollenhauerstr. 1, 5300 Bonn 1
Telefon 0228/532365

WIR die Jugend in den 90'ZIGN

Zukunfts-Aktions-Programm für die Jugend

Vorschlag zur Diskussion

Biblioteka Pedagogiczna
037-1036

INHALT

6 Prolog

7 Alles verändert sich
Eigene Ansprüche
Bedrohung unserer Zunkunft

8 Jugend wehrt sich
Sinnvolle Arbeit
Technik für uns

9 Ein neuer Alltag
Beziehungen ohne Zwang
Unser Ziel: Sozialismus
Wir wollen sinnvoll lernen und arbeiten

10 Schule
Berufsausbildung

11 Arbeit

12 Wir wollen mehr vom Leben
Geld

13 Lebensqualität
Frauen Leben

14 Natur

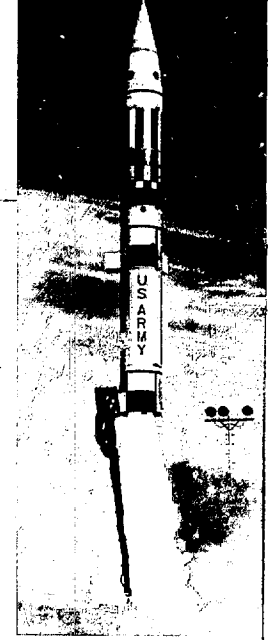
15 Wir wollen Frieden und Freundschaft
mit der Jugend aller Völker

16 Frieden
Völkerverständigung

18 Epilog

Alles verändert sich. Und wir – die Jugend – stehen mittendrin. Wir – das sind auch viele Tausend, die bei den Jusos und in der SPD aktiv sind. Seit über 80 Jahren treten sozialistische Jugendverbände für die Rechte der Jugend ein. Dieser Kampf hat eine lange Tradition, ist aber keineswegs beendet. Wir müssen uns für unsere Rechte einsetzen und uns die Zukunft wieder neu erobern. Mehr denn je rückt hierbei die Frage in den Vordergrund, welche Zukunft die jungen Frauen von heute haben. Alles verändert sich, aber wir müssen auch selbst verändern und unsere Ansprüche deutlich machen. Unser Zukunfts-und Aktionsprogramm ist ein Vorschlag – für gemeinsame Aktionen und eine breite Diskussion. Es ist also nicht fix und fertig, sondern es soll verändert und verbessert werden. Denn viele Fragen bleiben offen, viele Punkte sind auch in unserem Verband umstritten und mit einigen Zeilen sind wir selbst noch nicht zufrieden. Aber wir hoffen, daß Du es interessant und spannend findest und daß Du Lust hast, darüber zu diskutieren. Und – vielleicht – gelingt es denn ja auch, gemeinsam etwas für unsere Zukunft zu tun.

Wir Jusos sind jedenfalls dabei.



ALLES VERÄNDERT SICH

DIE JUGEND HAT DAS LEBEN NOCH VOR SICH

So oder ähnlich lautete eine optimistische Lebensweisheit unserer Eltern. Mittlerweile ist sie reichlich angeknackst. Kriegsgefahr und Umweltkatastrophen, Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit – in den letzten Jahren kam es knüppeldick. Und immer mehr von uns haben sich gefragt: Wie weiter? Sind wir die Generation, die jetzt die Suppe auslöffeln muß, die uns andere eingebrockt haben? Immer mehr fragen sich: Welches Leben haben wir noch vor uns? Was bringt uns die Zukunft? Arbeit und Technik, Leben und Umwelt – **alles verändert sich.** Nur eines erscheint als sicher: Im Jahr 2000 wird nichts mehr so sein, wie es einmal war. Doch wird es **unser** Leben sein, das wir nach **unseren** Ansprüchen und Bedürfnissen gestalten? Wir alle wollen ein selbstbestimmtes Leben und die knappe Mehrheit von uns – die jungen Frauen – wollen ihren vollen Anteil daran. Oder werden wir uns an Arbeits- und Lebensmuster anpassen müssen, über die wir nicht bestimmen und die wir eigentlich auch gar nicht wollen?

An welchem Punkt steht die Jugend heute? Und worum geht es? In den 60iger und 70iger Jahren ist schließlich einiges passiert: „Jugend" ist heute deutlich mehr als „erwachsen werden". Sie ist zu einem langen **eigenständigen Lebensabschnitt** geworden (was nicht immer so war). Am wichtigsten war die Verlängerung der Ausbildungszeiten – wir treten viel später ins Berufsleben ein als unsere Vorfahren. Zugleich wurden die Sozialleistungen ausgeweitet, Arbeitszeiten, Einkommensverhältnisse, Wohnsituation, Reisemöglichkeiten und allgemeine Ausstattung hatten sich verbessert. Zusammengenommen schaffte dies nicht nur mehr Zeit und Raum, um sich auf den Beruf und das Erwachsenenleben vorzubereiten. Es bedeutete vor allem, daß mehr persönliche Entwicklung und mehr eigenständiges Leben für uns (und vor allem die Mädchen) möglich wurden. Die Anbindung an das Elternhaus lockerte sich. Und scheinbar zwangsläufig vorgegebene Lebenswege von jungen Frauen (Lehre in einem „Frauenberuf", dann Mutter und Hausfrau, nebenbei „Zweitverdienerin") wurden in Frage gestellt.

EIGENE ANSPRÜCHE

Wir haben unsere eigenen Vorstellungen von Beziehungen und Freizeit, unsere eigenen Stile und Umgangsformen entwickelt. Und daraus sind Ansprüche entstanden: Eine selbstbestimmte Vorbereitung auf die Zukunft und eine Vielfalt von Lebensformen für junge Frauen und Männer! Aber all dies kam nicht von ungefähr. Es lohnt sich, darüber einige Gedanken zu verschwenden: Maßgeblich für diese Entwicklung war nämlich der Druck der Reformkräfte, der Frauenbewegung und der fortschrittlichen Jugendverbände in den 60iger und 70iger Jahren. Entscheidend dazu beigetragen haben die Erfolge der Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung Arbeitszeitverkürzung, höhere Löhne, Sozialstaat): **Mehr vom Leben – Dank Klassenkampf!**

BEDROHUNG UNSERER ZUKUNFT

Längst nicht alles, was schon damals möglich gewesen wäre, ist erreicht worden. Wir wollen mehr. Und obwohl dies so ist, wird das Erreichte schon seit Jahren wieder in Frage gestellt und kaputtgemacht. „Jugend" als eigenständige Lebensphase, in der wir unsere Ansprüche und Lebensformen entwickeln und uns dadurch auf die Zukunft vorbereiten, ist schon wieder vielfach bedroht.

Da sind zunächst einmal Kriegsgefahr, Umweltzerstörung und weltweite Krisen. Mit anderen Worten: Was nützt uns eine gute Wohnung, wenn wir mit den Nachbarn auf Kriegsfuß stehen, die Umgebung vor die Hunde geht und das Haus über uns zusammenstürzt.

Dann sind da die wirtschaftlichen und sozialen Krisen im eigenen Land: Arbeitslosigkeit und Ausbildungsmisere, Sozialabbau und Einkommensverluste bedrohen schon das bißchen Eigenständigkeit, das erreicht worden ist. Vor allem Mädchen werden dadurch in alte Abhängigkeiten (von den Eltern, von den Partnern) zurückgedrängt. Verantwortlich dafür sind diejenigen, die von der Ausplünderung der Dritten Welt, der weltweiten Aufrüstung, und vom Abbau des Sozialstaates profitieren. Das Kapital will noch mehr Macht und deshalb die Gewerkschaften schwächen. Dies ist auch ein Angriff auf unsere Arbeits- und Lebensperspektiven.

Dies wird durch die Politik der Rechten tatkräftig unterstützt. „Jugend" soll abgerichtet werden auf die Bedürfnisse und Interessen des Kapitals. Mehr Leistungsdruck, Konkurrenz und Anpassung, weniger Ansprüche, Selbstbestimmung und Rechte – dies ist ihre Parole für die Zukunft. Wer nicht mithält, ist selber schuld. Garniert wird dies mit dem Versprechen von „mehr Freiheit und Abenteuer". Jeder sei seines Glückes Schmied. Boris Becker läßt schön grüßen! Auch diese „geistig-moralische Wende" bedroht unsere gemeinsame Zukunft.

Doch was uns Mut macht: Jugendliche wehren sich dagegen, sie halten ihre Ansprüche aufrecht. Wir drükken dies allerdings in ganz unterschiedlichen Formen aus, was häufig übersehen wird, aber sehr wichtig ist.
Das fängt an bei unseren Moden und Lebensstilen. Die Bandbreite ist weiter gewachsen: Da gibt es den provo-mäßigen Punk, den alternativen Freak, den lockerlegeren Yuppie und viele, die halt in gar keine Schublade hineinpassen wollen. Irgendwie kämpfen sie alle um ihre Eigenständigkeit.
Das geht weiter bei Ausbildung und Erwerbsarbeit: Erwerbslose, die um eine Ausbildung oder einen Erwerbsplatz verzweifelt bemüht sind, „Aussteiger", die selbstbestimmt arbeiten wollen, aber auch „Aufsteiger", die sinnvoll, qualifiziert und gut bezahlt arbeiten wollen – alle kämpfen sie um ihre Ansprüche.
Und schließlich sind da viele Jugendliche, die sich in den Schüler/innen-, Student/inn/en- und betrieblichen Jugendvertretungen betätigen, in Initiativen, Verbänden und Bewegungen aktiv sind. Sie kämpfen – egal ob christlich, sozialistisch oder sonstwie gestimmt – irgendwie für ihre Rechte.
Diese Vielfalt ist die Stärke der Jugend. Aber wir müssen aufpassen: Leicht kann es passieren, daß die Arbeitslosen gegen die „Aussteiger", die Freaks gegen die Yuppies, die vom politischen Geschäft Gelangweilten gegen die Vollaktiven ausgespielt werden. Solange wir dieses Spiel mitmachen, werden wir verlieren. Dies gilt erst recht, wenn Jungen gegen Mädchen, ausländische gegen deutsche Jugendliche ausgespielt werden. Und bei Frauenfeindlichkeit oder Ausländerhaß ist für uns Schluß mit der Vielfalt. Unsere Zukunft können wir jedenfalls nur gewinnen, wenn wir unsere Ansprüche gemeinsam gegen diejenigen formulieren, die uns die Zukunft verbauen.

Die Zukunft, für die wir kämpfen!
Die entscheidende Frage ist, welche Zukunft wir wollen, welche Zukunft möglich wäre. Noch besser: Welche Zukunft wir möglich machen können.
In der Bundesrepublik wird genug Reichtum erzeugt, damit alle Menschen gut leben und arbeiten. Wir wollen die Zeit der Erwerbsarbeit auf ca. 5 Stunden pro Tag verkürzen und gleichzeitig die Haus- und Familienarbeit auf die Schultern von Männer und Frauen verteilen. Jeder Mensch wird so die Möglichkeit haben, sich Familie, Beruf, Politik und Kultur zu widmen.

JUGEND WEHRT SICH

Die Arbeit wäre an den Interessen der Menschen ausgerichtet; gesellschaftlich sinnvoll, ökologisch verträglich, selbstbestimmt und sinnerfüllt. Wir würden über den Sinn der Produkte und Maschinen nachdenken, darüber diskutieren und sie dann gestalten. Rüstungsproduktion gäbe es dann nicht mehr. Die Anzahl der Arzneimittel wäre drastisch verringert. Umwelt- und menschenfreundliche Energietechnik hätte sich durchgesetzt. Der Bau von Häusern, Anlagen und Maschinen würde sich nicht an der Gewinnspanne und den Vorstellungen von Unternehmern und ihren Bürokraten, sondern an unseren Ideen und Wünschen orientieren.

Wir könnten die Mikroelektronik, die neuen Informations- und Kommunikationstechniken für uns und unsere Arbeit nutzen. „Für uns nutzen" heißt, sie zu beherrschen: unsere geistigen Fähigkeiten daran entwickeln, komplizierte Systeme gestalten, gemeinsam ganze Betriebe kontrollieren und steuern. In die Arbeitsorganisation und Arbeitsplanung wären alle Beteiligten einbezogen. Mit Hilfe der neuen Techniken würden wir das Ganze überblicken können. Die Abstimmung zwischen den Betriebsteilen und Betrieben und die gemeinsame Planung könnten verbessert werden. Dazu freilich bräuchten wir mehr Qualifikationen, mehr Zeit zum ständigen Lernen und Nachdenken, zum Probieren und Diskutieren. Aber wie schon gesagt: Arbeitszeitverkürzungen sind möglich und dies verschafft uns dafür den nötigen Raum. Diese neuen Tätigkeiten, Fähigkeiten und Chancen kämen vor allem den Frauen zugute. Ihre Benachteiligung im Erwerbsleben könnte überwunden werden. Wie es überhaupt für alle Frauen selbstverständlich wäre, daß sie sich genauso wie die Männer an der gesellschaftlichen Arbeit beteiligen.

EIN NEUER ALTAG

Leistungsstreß und Existenzangst könnten abgebaut werden, weil wir sozial und materiell abgesichert wären und unsere Arbeit Sinn macht. Indem wir die höhere Produktivität für mehr freie Zeit, für höhere Einkommen und bessere soziale Dienste nutzen, würde dies zu einer neuen Qualität unseres Alltags führen. Wir hätten eine größere Auswahl an Möglichkeiten und größere Möglichkeiten, die Auswahl zu nutzen. Ob wir Musik, Sport, Theater alles machen oder „nur" genießen. Ob es bedeutet, die eigene Lebenswelt mit anderen gemeinsam zu gestalten und neue Formen des Zusammenlebens und des Wohnens zu entwickeln. Oder ob es heißt, an sich selbst arbeiten zu können und den eigenen Stil zu finden. Oder ob es bedeutet, sich gezielt weiterzubilden und dies gemeinsam mit anderen umzusetzen. Diese Möglichkeiten hätten wir.

BEZIEHUNGEN OHNE ZWANG

Weil wir uns – Männer und Frauen – selbst entfalten können, weil wir unsere Beziehungen zur Umwelt und zu anderen Leuten besser auf die Reihe kriegen können, würden auch der Druck und die Chancen zunehmen, um im Alltag Mackertum und Frauenfeindlichkeit langsam aber sicher aussterben zu lassen. Ganz unterschiedliche Formen der Gefühle, der Sexualität, der Beziehungen ohne Abhängigkeit und Unterdrükkung wären üblich und anerkannt. Die feste Zweierkiste hörte auf, im „Eheknast" zu enden. Hausarbeit und Kindererziehung als weibliche Zwangsarbeit wären abgeschafft. Öffentliche Einrichtungen und eine stärkere Inanspruchnahme der Männer würden dies massiv unterstützen.

UNSER ZIEL: SOZIALISMUS

Halt, stoppt mal, werden nun einige sagen. Ist das nicht alles ein bißchen einfach? Zu problemlos? Stimmt, Probleme wird es natürlich auch in Zukunft jede Menge geben. Und auch in Zukunft müssen wir um den Spaß am Leben kämpfen. Nur: Wir können diese Probleme gemeinsam anpacken. Maßstab sind unsere Ansprüche. Und wir wissen ja, daß die Bewältigung „kleinerer" Probleme in unserem Alltag durchaus befriedigend sein kann. Warum soll das nun „im großen" anders sein? Dennoch: Wenn wir uns mit diesen Zukunftsvorstellungen beschäftigen, erscheinen sie uns selbst – angesichts der gesellschaftlichen Wirklichkeit – immer wieder als Science fiction und nicht realisierbar. Wir müssen uns aber immer wieder klarmachen, daß die menschliche Gesellschaft reich genug ist an materiellen Gütern und an Wissen für solch eine Zukunft. Noch aber verfügen wir nicht darüber, sondern lassen zu, daß ein verschwindend kleiner Teil darüber verfügt. Die überwältigende Mehrheit der Menschheit wird unterdrückt, Tag für Tag die Existenz einzelner vernichtet und inzwischen die Existenz aller bedroht. Dies wollen wir verändern und dafür Mitstreiterinnen und Mitstreiter finden. Unser langfristiges Ziel ist eine sozialistische Gesellschaft. Sozialismus heißt für uns, daß die Betriebe denen gehören, die darin arbeiten. Die Menschen entscheiden gemeinsam, was sie herstellen und wie sie es verwenden. Sie nehmen die Sache selbst in die Hand. Wir wissen, daß wir hier und heute anfangen müssen, hier und heute die richtigen Forderungen und Ansatzpunkte entwickeln müssen. Wir brauchen ein konkretes Aktionsprogramm, aber wir brauchen auch Ziele für die Zukunft. Deshalb sagen wir: Eine eigenständige Lebens- und Zukunftsgestaltung für jeden und jede ist möglich, „eine Gesellschaft, worin die Entwicklung eines jeden und jeder einzelnen die Voraussetzung für die freie Entwicklung aller ist". Dies ist von Karl Marx und Friedrich Engels (nicht schlecht, was?) und in diesem Sinne ist es also richtig: Das wir in der Tat noch das ganze Leben vor uns haben!!!

WIR WOLLEN SINNVOLL LERNEN UND ARBEITEN

Wir wollen unsere Ansprüche aufrechterhalten und verwirklichen. Wir wollen selbstbestimmt leben und die vielfältigen Möglichkeiten nutzen. Gerade Mädchen kämpfen um ihre eigenständigen Lebensperspektiven, ihren vollen Anteil an der Zukunft. Wichtigste Voraussetzung ist und bleibt: Arbeit, genauer: Erwerbsarbeit. Und wir wollen Arbeit, auch wenn uns das viele nicht glauben und als Drückeberger beschimpfen. Wir wollen arbeiten, weil wir Geld brauchen, um uns eine eigenständige Perspektive überhaupt leisten zu können. Erwerbsarbeit ist außerdem gesellschaftliche Arbeit – mit Kolleginnen und Kollegen. Wir wollen nicht draussen vorbleiben, an den Rand der Gesellschaft abgedrängt werden.
Und wir wollen sinnvolle Arbeit. Wir wollen einen Arbeitsplatz, der unseren Fähigkeiten gerecht wird, der nicht nur „Job" ist, sondern auch ein Stück Selbstverwirklichung. Wir wollen eine sinnvolle Arbeit, die nützlich ist für die Menschen. Wir wollen eine Arbeit, die uns nicht kaputtmacht und uns Zeit und Kraft läßt für anderes. Und wir – Auszubildende, Schülerinnen und Schüler, Studenten und Studentinnen – wollen dafür sinnvoll lernen, alles wissen: Eine qualifizierte und zukunftsorientierte Ausbildung, die uns Spß macht, in der wir wirklich für unseren zukünftigen Beruf lernen und die wir mitgestalten können.
Wenn wir unsere Ansprüche an Arbeit und Ausbildung formulieren, wird uns von den Rechten und den Unternehmern vorgeworfen, daß sei Anspruchsdenken, sie sagen uns, unsere Vorstellungen seien illusorisch, denn das könne ja niemand bezahlen. Wir sollten vielmehr froh sein, wenn wir überhaupt einen Job bekommen. Das Gegenteil ist der Fall. Und so müssen viele von uns mit zweitklassigen Ausbildungs- und Arbeitsverhältnissen vorliebnehmen (von der zukunftslosen Ausbildung als Friseuse bis zum Job bei MacDonalds, von befristeten Arbeitsverträgen bis zur Gelegenheitsarbeit). Verantwortlich dafür sind nicht unsere angeblich zu hohen Ansprüche, sondern die Ansprüche derjenigen, die über Arbeits- und Ausbildungsplätze verfügen und in der Wirtschaft das Sagen haben.
Viele von uns, die auf hunderte von Bewerbungen nur Absagen erhalten haben, trauen sich schon gar nicht mehr ihre Ansprüche und Vorstellungen auszusprechen, sind resigniert. Wenn wir diese Rechte einfordern, dann fordern wir damit nicht Unmögliches, sondern Selbstverständliches! Und wir müssen lernen, daß wir Forderungen stellen müssen, um unsere Zukunft kämpfen müssen. Geschenkt wird uns nämlich in der Tat nichts! Und das sind unsere nächsten Ziele:

Archiv der sozialen Demo

SCHULE

Alles fängt mit der Schule (eigentlich ja schon mit dem Kindergarten) an, die uns häufig angödet und für viele von uns – vor allem für Mädchen und für Jugendliche aus „kleinen Verhältnissen" – zur Sackgasse wird. Das kommt auch daher, daß wir häufig nicht lernen können, was wir wollen und uns nützt, und nicht so lernen können, wie wir wollen, und wir immer weniger die Chance haben, Erlerntes im gewünschten Beruf anzuwenden. Dabei brauchen wir für unsere Zukunft eine größtmögliche Qualifikation – und zwar für alle. Statt dessen nimmt der Konkurrenzdruck zu, die Leistungsschraube wird angezogen. Die Arbeitslosigkeit ist dabei das größte Druckmittel. Das Kapital und die politische Rechte setzen auf Elite, auf Spaltung. Und wie gesagt: Immer mehr Jugendlichen – und vor allem Mädchen – wird ihr Recht auf Bildung vorenthalten.

- Statt Auslese und Spaltung wollen wir gemeinsam an einer Schule solange wie möglich lernen. Wir fordern die Gesamtschule überall und für alle, also als flächendeckende Regelschule. Wir wollen berufliche und allgemeine Bildung zusammenführen.
- Wir wollen eine bessere soziale und finanzielle Ausstattung, damit wir gleiche Bildungschancen – ohne Rücksicht auf den Geldbeutel der Eltern – bekommen. Deshalb: Völlige Lernmittelfreiheit, Einstellung aller Lehrer und Lehrerinnen und die Wiedereinführung der Ausbildungsförderung (Bafög) für Schülerinnen und Schüler, die Rücknahme der Umstellung des Studenten-Bafögs auf Volldarlehen sowie eine bessere Ausstattung von Schulen und Hochschulen.
- Wir wollen Bildungsinhalte, die uns breit auf die Zukunft vorbereiten. Wir wollen berufliche und allgemeine Qualifikationen, fachliche Kenntnisse und die Fähigkeit, unsere Interessen solidarisch zu vertreten. Deshalb wollen wir auch, daß frauenfeindliche Lehrinhalte endlich aus dem Unterricht verschwinden. Deshalb wenden wir uns auch gegen den wachsenden Unternehmereinfluß auf Forschung, Lehre und Unterricht.
- Wir wollen schon an Hochschulen und Schulen unsere Interessen vertreten können, mitbestimmen und mitentscheiden. Wir brauchen starke Schüler/innen-Vertretungen und starke Student/inn/en-Vertretungen. Mit mehr Einfluß bei der Entwicklung von Schule und Hochschule und auch mit dem Recht, unsere Interessen in allen politischen Bereichen zu vertreten: Gegen Duckmäusertum und Fremdbestimmung.

BERUFSAUSBILDUNG

Für die Berufsausbildung gilt das gleiche. Dabei ist hier die Situation besonders schlimm, weil Hunderttausende von Jugendlichen ohne qualifizierte Ausbildung bleiben. Sie bekommen keinen Ausbildungsplatz oder machen eine Lehre in zukunftslosen Berufen oder befinden sich in sinnlosen Aufbewahrmaßnahmen und sogenannten Warteschleifen. Und auch hier gilt: Dies trifft zu 2/3 die Mädchen, denen damit die Chance auf eine eigenständige Zukunft verbaut wird. Durch den Konkurrenzkampf um die qualifizierten und zukunftsorientierten Ausbildungsplätze sind außerdem Hauptschülerinnen und Hauptschüler und ausländische Jugendliche die Hauptleidtragenden. Die Hauptverantwortung dafür liegt bei einem Berufsbildungssystem, in dem die Unternehmer das Sagen haben und sich der Staat auf leere Versprechungen beschränkt. Unsere Forderungen sind klar:

- Vor allem die Konzerne stellen nicht genügend qualifizierte Ausbildungsplätze zur Verfügung. Wir fordern deswegen eine gesetzliche Ausbildungsumlage in der beruflichen Bildung, d.h.: Wer nicht ausbildet, soll zahlen! Eine Ausbildungsplatzabgabe, mit der dann gezielt qualifizierte und zukunftsorientierte Ausbildungsplätze geschaffen werden können (z.B. in außerbetrieblichen Lehrwerkstätten).
- Junge Frauen sind von der Ausbildungsmisere besonders stark betroffen. Um ihre Zukunftsperspektiven zu sichern, fordern wir, daß 50% der Ausbildungsplätze (in allen Berufen) für Frauen reserviert werden (Quotierung). Dies muß durch zusätzliche Frauenförderpläne massiv unterstützt werden.
- Eine Vielzahl der heutigen Ausbildungsberufe wird den zukünftigen Anforderungen von Arbeit und Technik nicht mehr gerecht. Wir wollen auch keine Spaltung zwischen Fachidioten und einer Masse gering qualifizierter Jugendlicher, sondern eine grundlegende Neuordnung der Ausbildungsberufe: Wichtig ist eine breite Grundausbildung. Wir müssen in der Berufsausbildung lernen, unsere Interessen eigenständig zu vertreten. Um dies alles umsetzen zu können, muß den Industrie- und Handelskammern die Zuständigkeit für die Berufsausbildung entzogen werden.
- Eine zukunftsorientierte Ausbildung für alle kann es im Prinzip nur dann geben, wenn ein einheitliches Bildungssystem in öffentlicher Verantwortung geschaffen wird. Die Trennung von allgemeinschulischer und beruflicher Fachausbildung muß aufgehoben werden. Dies ist das Bildungswesen der Zukunft, das unseren Ansprüchen gerecht wird.

ARBEIT

Und schließlich wollen wir einen Arbeitsplatz, der unserer Ausbildung entspricht (wenn wir überhaupt eine anständige Ausbildung hinter uns haben). Aber wie ist die Lage? Zigtausende von Jugendlichen werden nach der Ausbildung nicht in den erlernten Beruf übernommen und stehen buchstäblich vor dem Nichts. Hunderttausende von Jugendlichen unter 25 Jahren – 2/3 davon Mädchen – sind und bleiben arbeitslos. Kapital und Rechtskräfte fordern mehr Leistungsbereitschaft und weniger Ansprüche von uns und wettern daher kräftig gegen die Gewerkschaften. Arbeitslosigkeit ist für sie ein willkommenes Druckmittel, um uns klein zu kriegen, uns mit zweitklassigen Jobs abzuspeisen. Dagegen hilft nur eins: Der gemeinsame Kampf von Arbeitslosen und Arbeitenden. Sinnvolle Arbeit für alle ist möglich: Auf der einen Seite gibt es großen gesellschaftlichen Bedarf und überschüssiges Kapital, auf der anderen Seite Arbeitslosigkeit. Der Widersinn könnte nicht größer sein. Deshalb:

- Um Kapital dorthin zu lenken, wo gesellschaftlicher Bedarf vorhanden ist (z.B. Umweltschutz, soziale Einrichtungen, öffentliches Verkehrsnetz), und um dort qualifizierte Arbeitsplätze, vor allem für Jugendliche, zu schaffen, fordern wir ein umfassendes Beschäftigungs- und Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes, der Länder und der Kommunen. Mehrere Hundert Milliarden DM könnten dafür mobilisiert werden: zum Beispiel, wenn Wirtschaftskriminalität bekämpft, ungerechte Steuervorteile abgeschafft, der Spitzensteuersatz erhöht, sinnlose staatliche Unterstützungen für Unternehmen gestrichen und die Rüstungsausgaben gekürzt werden. Und weil außerdem weniger Arbeitslosengeld gezahlt werden muß und die neuen Arbeitsplätze mehr Steuereinnahmen bringen, finanziert sich ein solches Programm zum Teil schlicht und einfach selbst.
- Am allerwichtigsten ist aber die Arbeitszeitverkürzung. Wir fordern sofort die 35-Stunden-Woche bei gleichem Lohn und für die 90iger Jahre die 30-Stunden Woche. Angesichts der hohen Profite der vergangenen Jahre ist dies für das Kapital durchaus verkraftbar. Dadurch werden Arbeitsplätze für uns Jugendliche frei und gleichzeitig entspricht dies unseren Ansprüchen nach mehr Freizeit und mehr Leben.
- Gleicher Lohn ist notwendig, um die Massenkaufkraft und den Lebensstandard zu erhalten. Angesichts der anschwellenden Profitmassen (die zu einem großen Teil auf Bankkonten und in Wertpapieren angelegt werden – von wegen „Leistung muß sich wieder lohnen") sind höhere Löhne und auch höhere Ausbildungsvergütungen um so vordringlicher. Es besteht überhaupt kein Grund, den Gürtel enger zu schnallen – erst recht nicht angesichts der miesen Ausbildungsvergütungen, die in vielen Wirtschaftsbereichen gezahlt werden.
- Auch bei der Schaffung von neuen qualifizierten Arbeitsplätzen gilt, daß 50% davon für Frauen reserviert werden müssen. Wir wollen nun endlich damit Schluß machen, daß Frauen als „Zweitverdienerinnen" auf unqualifizierte und schlecht bezahlte Arbeitsplätze abgedrängt werden. Deshalb müssen auch endlich die sogenannten Leichtlohngruppen abgeschafft werden. Bei Qualifizierungsmaßnahmen sind Frauen zu bevorzugen.
- Wir wollen sinnvolle Arbeit und das heißt auch: menschenwürdige Arbeitsplätze, Humanisierung der Arbeit. Dies fängt für uns beim Jugendarbeitsschutz an. Hier müssen die Verschlechterungen der letzten Jahre zurückgenommen werden. Wir unterstützen die gewerkschaftlichen Forderungen nach einer sozialen Gestaltung von Arbeit und Technik: Anstatt die Arbeit immer mehr zu zerstückeln, wollen wir gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen „ganze Arbeit" verrichten. Qualifizierte Arbeit und Mitbestimmung am Arbeitsplatz gehören zusammen. Wir wollen mitentscheiden, was und wie wir produzieren.
- Die Unternehmer nutzen die neuen Techniken für Rationalisierungen, Entlassungen, verstärkten Leistungsdruck und Kontrolle der Kolleginnen und Kollegen. Deswegen ist in den Betrieben mehr Demokratie angesagt: Wir fordern eine Jugendvertretung, die auch alle Auszubildenden vertritt und unterstützen die gewerkschaftlichen Forderungen nach mehr Mitbestimmung in den Betrieben und Konzernen. Unsere Ansprüche auf Selbstbestimmung und Eigenständigkeit werden nur wenige durch ihre persönliche Karriere befriedigen können, die allermeisten von uns sind angewiesen auf gewerkschaftliche Solidarität und Mitbestimmung.

Die vergangenen Kämpfe um die Verkürzung der Arbeitszeit, um höhere Löhne und das gewerkschaftliche Streikrecht (Streik um den § 116) haben gezeigt, daß es sich bei all diesen Fragen um gesellschaftliche Machtfragen handelt. Das Kapital reagiert nur auf Druck und den können wir nur gemeinsam mit den Gewerkschaften ausüben. Wir können und werden nicht abseits stehen, wenn hier und heute um unsere zukünftigen Arbeits- und Lebensperspektiven gekämpft wird. Aber wir wissen auch, daß dies alles nicht ausreicht, solange wir unsere Forderungen und Ansprüche immer wieder mit Ach und Krach gegen die Herrschenden durchsetzen müssen und unsere Erfolge immer wieder gefährdet werden. Konsequenterweise müssen wir deshalb das Ziel im Auge haben, die Macht des Kapitals zu brechen und zentrale Wirtschaftsbereiche (darunter auch die Banken) in Gemeineigentum zu überführen, damit in der Wirtschaft die Interessen der Menschen und nicht mehr die Profitinteressen des Kapitals vorherrschen.

WIR WOLLEN MEHR VOM LEBEN

Wie gesagt: Wir wollen unser Leben selbstbestimmt gestalten. Und wir wissen, daß wir Arbeit – sinnvolle Arbeit! – für eine umfassende und sinnvolle Lebensperspektive brauchen. Aber wir wollen nicht nur Arbeit, sondern mehr vom Leben, mehr erleben. Und wir wollen damit natürlich nicht warten, bis wir alt und grau geworden sind, sondern schon jetzt eine Vielfalt von Möglichkeiten nutzen, um aktiv und kreativ zu sein, aber auch Ruhe zu haben und zu genießen. Die konservativen Parolen „Leistung muß sich wieder lohnen" und „jeder ist seines Glückes Schmied" schlagen sich auch hier nieder. Wer wenig „leistet" (weil er/sie keine Arbeit oder schlechte Arbeit und daher wenig Einkommen hat), hat auch im Alltag weniger Möglichkeiten. Weniger öffentliche Leistungen (Stichwort: Privatisierung und Sozialabbau) führen dazu, daß wir immer mehr von kommerziellen Angeboten abhängig werden. Diese können sich aber viele von uns wiederum nicht „leisten". Ein Teufelskreis. Als Ersatz werden dann – vor allem jungen Frauen – Familie, Nachbarschaft und Ehrenamt angeboten. Und für diejenigen, denen auch dies nichts nützt oder die sich nicht an die Spielregeln halten, gibt's dann immer noch die Fürsorge – oder auch den Knast. Den Nutzen davon hat einzig und allein das Kapital, es geht weniger Geld für Löhne und Sozialleistungen drauf und trotzdem – weil der Kommerz obenansteht – können die Kassen klingeln.

Armut unter Jugendlichen ist kein Schlagwort. Durch Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Rotstiftpolitik trifft sie immer mehr Jugendliche. Dazu einige Beispiele: Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, Verschlechterung der Ausbildungsförderung, Verkürzung des Ausbildungsgeldes für behinderte Jugendliche und anderes mehr. Hinzu kommen die Jugendlichen, die – ohne Ausbildung und Arbeit nach der Schule – überhaupt keine „Stütze" kriegen. Da sind die Ausgebildeten, die nach der Lehre keine Arbeit bekommen: Ihre „Stütze" wird heute auf der Basis von nur noch 50% des Lohnes berechnet, den sie bei einer Einstellung in ihrem Beruf erhalten hätten. Jugendliche, die eine Ausbildung oder Arbeit haben, sind häufig nicht viel besser dran. Die Ausbildungsvergütungen liegen zu einem großen Teil unter 500 Mark pro Monat und in den erwähnten Zweite-Klasse-Jobs (häufig noch Teilzeitarbeit) ist die Entlohnung ebenfalls unter aller Kanone: Für Hunderttausende von uns reicht es hinten und vorne nicht. Geld ist sicherlich nicht alles, aber ohne Geld können wir uns Elternhaus eigenständig Geld werden wieder zu- z.B. nicht vom trennen und leben. Ohne Bei an Heim Mädchen miese und rückgetrie- Jobs ohne und Herd, in ungesicherte jede Zukunft.

- Deshalb brauchen wir hier und heute eine soziale Mindestsicherung, das heißt: eine garantierte „Stütze" bis zu 1000 DM im Monat. Wie soll das funktionieren? Also einmal erhalten alle Arbeitslosen Arbeitslosenunterstützung (auch diejenigen, die gerade von der Schule kommen und bislang nichts bekommen haben). Dann wird diese Unterstützung auf einen Mindestbetrag von etwa 1000 DM hochgestockt. Die Sozialhilfesätze werden entsprechend angepaßt. Jugendliche und andere Leute, deren Einkommen darunter liegt, können diese Unterstützung dann in Anspruch nehmen. Und die gegenseitige Anrechnung der Einkommen von Eltern und volljährigen Kindern entfällt auch.
- Dagegen wird von anderer Seite eingewandt, daß wir dann nicht mehr arbeiten wollen. Die Logik der Rechten: Je geringer die soziale „Stütze", desto geringer unsere Ansprüche an Arbeit und Einkommen. Eine Spirale nach unten. Das wollen wir umdrehen. Bei 1000 DM Mindestsicherung wird sich in der Tat manche Kollegin fragen, ob sie sich für das gleiche Geld als Verkäuferin in einem Kaufhaus die Beine in den Bauch stehen soll. Dies ist von uns auch beabsichtigt.
- Wenn wir für eine soziale Mindestsicherung sind, dann sind wir natürlich auch für höhere Löhne. Die Unternehmer haben in den letzten Jahren sowieso genug abgesahnt, während es an allgemeiner Kaufkraft mangelt. Wir wissen, daß die Gewerkschaften heute auch um unseren Anteil am von uns hergestellten Reichtum kämpfen – und damit auch um unseren zukünftigen Lebensstandard.

LEBENSQUALITÄT

Aber wir wollen nicht nur genügend Geld zum Ausgeben. Zum Lebensstandard gehören auch Dinge, die Mann und Frau nicht einfach kaufen können. Zum Beispiel wollen wir guten Wohnraum, der auch für neue und verschiedene Formen des Zusammenlebens geeignet ist (und nicht auf 2-Zimmer-Appartements in irgendwelchen Betonsilos angewiesen sein). Wir wollen Sport- und Erholungsmöglichkeiten, mehr Spielräume für Freizeit, Kunst und Musik, ohne nur auf den Markt, herkömmliche Vereine und kommerzielle Angebote angewiesen zu sein. Wir wollen uns besuchen und reisen können und dabei sinnvolle Verkehrsformen nutzen. Die Liste ließe sich noch lange fortsetzen. In allen diesen Punkten sind zwei Dinge gefragt: Unsere Phantasie und unsere Initiative auf der einen, öffentliches Engagement und staatliche Unterstützung auf der anderen Seite. Beides gehört zusammen: Der Staat (v.a. die Gemeinde) kann unsere Initiative nicht ersetzen, das wäre nur Bevormundung. Und wir können nicht öffentliche Programme ersetzen, weil wir sonst nur die Lückenfüller für sozial- und jugendfeindliche Politik wären. Wir melden unsere Forderungen an:

- Öffentliche Beschäftigungs- und Investitionsprogramme taugen nicht nur zur Schaffung von Arbeitsplätzen, sie führen auch zu mehr Lebensqualität für uns Jugendliche. Ein besonderes Gewicht muß beispielsweise auf gut ausgestattete Jugendfreizeitheime gelegt werden, auf behindertengerechte Freizeitangebote, auf Mädchentreffs und Frauenhäuser, auf soziale und kulturelle Einrichtungen überhaupt. Gerade im ländlichen Bereich, wo es heute ohne Auto kaum noch geht, fordern wir einen besseren Personennahverkehr mit Bahn und Bus. Dies und anderes mehr gehört in solche öffentlichen Programme hinein.
- Und außerdem sind wir für eine umfassende Förderung von Jugendwohngemeinschaften, von nicht-kommerzieller Jugendkunst, z.B. von Rock- und Theatergruppen (die auf dem „freien Markt" nur selten überleben können), von alternativen Sportaktivitäten außerhalb traditioneller Vereinsstrukturen (aber natürlich auch innerhalb der Vereine, in denen viele von uns aktiv sind) und so weiter. Wir wollen eine möglichst große Vielfalt von Angeboten und Möglichkeiten für die Jugend. Dies läuft aber nicht ohne öffentliche Förderung und Unterstützung.

FRAUEN LEBEN

Wir Mädchen und jungen Frauen wollen mehr vom Leben, nicht nur Gleichstellung in der Arbeitswelt. Wir wollen unseren vollen Anteil – und zwar überall! Die weiblichen Lebenschancen werden im Alltag nämlich noch viel stärker eingeschränkt als dies bei Männern der Fall ist. Einmal durch die herkömmlichen Geschlechterrollen, wobei den Frauen die Kindererziehung, die Hausarbeit und die Rolle der sorgenden Partnerin zugeteilt wird. Hier hat sich in der Vergangenheit zwar einiges verändert. Aber unter dem Druck von Arbeitslosigkeit, Bildungs- und Sozialabbau und konservativer Familienidylle sind auch diese Fortschritte wieder gefährdet. Dann gibt es die Gewalt gegen Frauen. „Gewalt gegen Frauen" ist umfassend, nicht nur körperliche Gewalt. Dazu gehört auch die Herabwürdigung der Frau – als öffentliches Objekt zur Werbung und zum Aufgeilen. Dazu gehört die alltägliche Unterordnung unter Willen und Wünsche von Männern – mit der Vergewaltigung als brutalster Form. Am Beispiel der Homosexualität zeigt sich am drastischsten, daß Männer von sexuellen Diskriminierungen, von Vorurteilen und Gewalt betroffen sein können. Auch hier wird die Einengung von Beziehungen, werden überkommene Frauen- und Männerrollen im Alltag deutlich. Wir wollen wirkliche Partnerschaft, erlebnisreiche, befriedigende Beziehungen, Liebe, Zärtlichkeit ohne Unterdrükkung, Abhängigkeit und Tabus. Gerade hier ist unsere Phantasie, unsere Initiative und unsere Bereitschaft gefragt, aber wir brauchen auch Reformen und öffentliche Unterstützung:

FRAUEN LEBEN

- Klar ist: Wenn wir diese typischen Männer- und Frauenrollen überwinden wollen, dann muß die Arbeitswelt verändert werden. Arbeitszeitverkürzung, Quotierung, Humanisierung und Qualifizierung sind dafür entscheidend. Weil die Position von Frauen dadurch im ganzen Alltag gestärkt wird. Der Arbeitsrhythmus muß sich nach den Bedürfnissen der Menschen richten und nicht umgekehrt!
- Öffentliche Beschäftigungs- und Investitionsprogramme und mehr soziale Dienstleistungen sind gerade für die Zukunft von uns jungen Frauen wichtig. Denn wir brauchen mehr familienergänzende Einrichtungen, Mädchentreffs und Frauenhäuser, gezielte kulturelle Angebote und Beratungseinrichtungen für junge Frauen und anderes mehr. In diesen Programmen soll es daher eine entsprechende Schwerpunktsetzung geben.
- Wir brauchen mehr als Arbeit, Einkommen und Programme. Wir brauchen auch ein umfassendes Gesetz gegen die Frauendiskriminierung. Damit wollen wir die Gewalt gegen Frauen in jeglicher Form bekämpfen und den gesamten Lebensbereich von Frauen (und damit auch von Männern!) neu gestalten. Dieses Gesetz zielt außerdem auf mehr Selbstbestimmung – auch über den eigenen Körper. Logisch, daß daher auch der Abtreibungsparagraph § 218 weg muß.
- Schließlich müssen die unterschiedlichen Lebensformen und Beziehungen respektiert, rechtlich geschützt und garantiert werden. Und dies bedeutet auch, daß alle rechtlichen Sonderbestimmungen in Sachen Homosexualität (§ 175) wegfallen müssen. Abgesehen davon wollen wir die Vorrechte der Ehe abschaffen – nicht weil wir die Ehe abschaffen wollen, sondern weil wir eine echte Wahlfreiheit und eine echte Vielfalt von Beziehungsformen haben wollen.

Wir Mädchen, wir jungen Frauen wollen unseren vollen Anteil. Und deswegen unterstützen wir die Frauenbewegung. Viele von uns machen dort mit – in Initiativen, Projekten usw. Und wir brauchen unsere Eigenständigkeit, unsere Selbstbestimmung. Denn wir Frauen sind „besonders betroffen", wie es so schön heißt. Aber wir haben es satt, uns mit dieer Erkenntnis abzufinden. Nach dem Erkennen folgt das Handeln. Frauen kommen langsam, aber gewaltig, denn wir wissen: Die Zukunft ist weiblich!

Zum Lebensalltag, den wir verändern wollen, gehört auch die Natur: unsere Umwelt, aber auch unsere „eigene Natur", unser Körper, unsere Gesundheit. Wir wollen die Umwelt genießen und dabei Land und Leute kennenlernen, uns dabei erholen und gesund leben. „Umweltschutz" ist in aller Munde. Denn die Vergiftung von Luft, Wasser und Boden, von Pflanzen, Tieren und Menschen hat ständig zugenommen und wird auch heute noch nur halbherzig angegangen. Wir denken dabei etwa an den herkömmlichen Massentourismus, an den Autoverkehr, an EB- und Trinkgewohnheiten und so weiter. Häufig gibt es keine echten Alternativen (z.B. weil andere Verkehrsmittel fehlen, weil Alternativen zu teuer sind usw). Manchmal denken wir aber auch gar nicht mehr darüber nach, was wir mit uns und unserer Umwelt machen.

Aber der Juckepunkt liegt nicht darin, daß wir nun alle mächtig in uns gehen. Denn es ist doch irgendwie pervers, aber auch typisch: Die einen verdienen daran, daß unsere Umwelt und unsere Gesundheit zerstört wird, und die anderen verdienen daran, daß das Ganze dann wieder repariert wird. Selbstbestimmt leben – dies heißt beides: Wir wollen den Naturzerstörern das Handwerk legen. Und wir müssen uns aus dem Teufelskreis von Zerstörung und Reparatur befreien (vor allem von denjenigen, die daran verdienen). Das heißt auch, daß wir uns von eingefahrenen Gewohnheiten trennen müssen, die uns im Grunde genommen nur an einem reicheren Lebensalltag hindern. Und schon wieder heißt es: Es geht nicht ohne unsere Phantasie und Initiative und nicht ohne den gesellschaftlichen Eingriff, ohne öffentliches Handeln.

- Dies fängt an bei öffentlichen Programmen zum Umweltschutz. Das Beschäftigungs- und Investitionsprogramm hat hier einen weiteren ganz zentralen Schwerpunkt. Dazu gehören auch eine umwelt- und menschenfreundlichere Energieversorgung, umfassende Entgiftungsmaßnahmen, Umstellung der Abfall- und Müllwirtschaft auf konsequentes Recycling und anderes mehr.
- Wir wollen reisen. Und zwar reisen, ohne die Natur zu zertrampeln und andere Menschen, fremde Sitten zu mißachten. Wir wollen einen „sanften Tourismus". Unser „Tapetenwechsel" muß unsere Interessen als Jugendgruppen, Normalurlauber oder Interrailer und die Interessen unserer Gastgeber zusammenbringen – über Geldfragen hinaus. Dazu muß die Macht von Tourismuskonzernen (mit ihren Ablegern und Partnern in der Verkehrsindustrie, im Dienstleistungsbereich und in der Wirtschaftsförderung) eingedämmt werden. Und das heißt auch: Vorläufiger Erschließungsstop und Denkpause, Unterstützung gemeinschaftlicher und alternativer Reisedienste, verstärkte Aufklärung und Beratung statt kommerzieller Prospektwerbung. Hierzu gehört vor allem die Förderung umweltfreundlicher Reisemittel, von Fahrrad, Bahn und Bussen.

WIR WOLLEN FRIEDEN UND FREUNDSCHAFT MIT DER JUGEND ALLER VÖLKER

Wir wollen sinnvoll lernen und arbeiten. Wir wollen mehr vom Leben, solidarisch leben. Unsere Ansprüche an die Zukunft können wir aber nur verwirklichen, wenn wir auch die weltweiten Probleme im Auge haben. Denn Kriegsgefahr, ökologische Katastrophen und der Hunger und das Elend in der „3. Welt" bedrohen jeden menschlichen Fortschritt, bedrohen unsere eigenen Zukunftschancen. An erster Stelle steht für uns das Problem der Aufrüstung. Denn Frieden ist zwar nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Die internationale Aufrüstung bedroht die ganze Menschheit. Und auch wenn es in Europa seit 40 Jahren keinen Krieg gegeben hat, so dürfen wir nicht vergessen: Rüstung tötet schon heute Millionen von Menschen. Nicht nur durch militärische Konflikte in anderen Kontinenten. Sondern auch dadurch, daß das Geld für die Rüstung an anderen Stellen fehlt: bei der Bekämpfung von Hunger und Elend, von Unterentwicklung und ökologischen Katastrophen. Sinnvoll arbeiten und leben, dies heißt auch: Für den Frieden kämpfen – zusammen mit anderen Völkern, mit den Jugendlichen in der ganzen Welt. Der gesunde Menschenverstand sagt uns, daß es dafür einen einfachen und billigen Weg gibt: Die Abschaffung aller Waffen. Wir wollen, daß der weltweite Reichtum so eingesetzt wird, daß wir – auch die Jugendlichen in Bolivien, in Äthiopien, in Indien und anderswo! – eine Zukunft haben. Die Jugend in der Welt hat aber einen mächtigen Gegner: den Imperialismus. „Imperialismus": Das ist die internationale Macht der großen Konzerne, das ist die Ausplünderung der „3. Welt", das ist das Weltmachtstreben der USA und die hiervon ausgehende Bedrohung des Weltfriedens. Wir wollen, das unser Land einen anderen Weg geht – für Frieden, internationale Entwicklung und Völkerverständigung.

- Wir wollen lernen, gesund zu leben. Wir wollen unseren Körper kennenlernen und mit ihm umgehen können, statt immer mehr Pillen zu schlucken. Und wir wollen weder den Arzneimittelkonzernen noch irgendwelchen Quacksalbern (die jetzt das wachsende Gesundheitsbewußtsein vermarkten) ausgeliefert sein. Deshalb brauchen wir eine grundlegende Reform des Gesundheitswesens, die auch an die Verschreibungswut und die Privilegien vieler Ärzte herangeht.

Viele von uns sind aktiv – in der Ökologiebewegung und gegen Kernkraftwerke, in Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen und Gesundheitsläden. Wir wollen damit dafür sorgen, daß wir in 20, 30 und mehr Jahren unseren Alltag, unsere Umwelt und vor allem auch uns selbst genießen und ausstehen können.

So, das war ein schwieriges Kapitel. Und wir wollen weiter darüber nachdenken und diskutieren, was sich an unserem Leben verändern soll und was wir dafür brauchen. Es hat sich immer wieder gezeigt: Wir stehen uns bei dieser Veränderung häufig selbst im Weg – das gilt offenbar und vor allem für unseren männlichen Teil! – und müssen dies verändern. Aber immer wieder zeigt sich auch, daß das Kapital auch im Alltag seine (meist schmutzigen) Finger im Spiel hat und uns an einem selbstbestimmten und vielfältigen Leben hindert. Mehr vom Leben für alle – dies muß gegen mächtige Gegner erkämpft werden.

FRIEDEN

Die Rüstungsspirale dreht sich immer weiter nach oben. Die Regierung der USA will nun auch den Weltraum bewaffnen. Mit der Weltraumbewaffnung (SDI) würde aber eine neue Runde des Wettrüstens eingeleitet werden. Wir Jusos sagen Nein zu SDI. Bei dieser Frage geht es um die ganze Menschheit. Wir müssen heute erste Schritte auf dem Weg zur vollständigen Abrüstung gehen. Dies heißt auch: Abbau der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Westeuropa und entsprechender Abbau sowjetischer Mittelstreckenraketen, keine Stationierung neuer Chemiewaffen, Schaffung von atom- und chemiewaffenfreien Zonen in Europa. Der Rüstungshaushalt muß zunächst eingefroren und dann reduziert werden. Wir brauchen das Geld, um eine sinnvolle und friedliche Zukunft aufzubauen. Der Weg der Vernunft heißt: Verhandeln statt Aufrüsten. Wir wollen eine Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West, keine Konfrontation und keine Abschreckung.

Wir wollen im eigenen Land anfangen, eine friedliche Zukunft aufzubauen. Dazu müssen wir ganz klar sehen, daß Kriegsgefahr und Aufrüstung auch in unserem Leben tiefe Spuren hinterlassen. Wir sprechen von einer Militarisierung der Gesellschaft, wenn Krieg, Rüstung und Gewalt verharmlost und Feindbilder (der „böse Russe") aufgebaut werden. Wir sprechen von Militarisierung, wenn die Bundeswehr die „Schule der Nation" sein soll und ihr gesellschaftlicher Einfluß ausgedehnt wird. Und wir sprechen von „Militarisierung", wenn die Notlage vieler Jugendlicher ausgenutzt wird, um sie in die Bundeswehr zu holen (wegen Berufsperspektive). Hiergegen setzen wir uns zur Wehr:

- Wir fordern, daß die Bundeswehr auf reine Verteidigungswaffen umgerüstet und ihre Truppenstärke gesenkt wird. Eine Wehrdienstverlängerung lehnen wir ebenso ab wie die Pläne, Frauen zur Bundeswehr zu holen: Auf diese Art von „Gleichberechtigung" verzichten wir gerne!
- Stumpfsinn und Langeweile, Entmündigung und Drill, Suff und Gewalt: Dies ist der Alltag vieler Soldaten. Eine veränderte Bundeswehr muß damit aufräumen. Wir fordern mehr Rechte für die Soldaten und ihre Vertretungen. Wir fordern den Zugang für Gewerkschaften und Friedensbewegung zu den Soldaten.
- Kriegsdienstverweigerer dürfen nicht mehr benachteiligt werden. Soldaten und „Zivis" müssen gleichbehandelt werden – so wie es das Grundgesetz vorsieht. Dies bezieht sich auch auf ihre Dienstzeit. Unser Ziel ist es, den Zivildienst in einen umfassenden sozialen Friedensdienst umzuwandeln.
- Kriegsspielzeug und Kriegsspiele an Computern, die Verherrlichung von Krieg, Völkerhaß und Gewalt (zum Beispiel Landserromane, Rambofilme) bilden einen Nährboden für die Militarisierung. Nichts gegen „action" – aber der „Spaß" hört auf, wenn Kriege verharmlost oder gar verherrlicht werden.

Die Friedensbewegung hat also eine große Bedeutung für unseren Lebensalltag, vor allem für die Zivildienstleistenden und die Soldaten unter uns. Wir kämpfen für die Rechte von beiden Gruppen und für eine entmilitarisierte Gesellschaft.

Wir kämpfen für eine Welt des Friedens und der Völkerverständigung. Weltweiter Frieden ist aber nicht zu haben, wenn mit Unterdrückung und Not in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas nicht Schluß gemacht wird. Viele Länder haben sich in diesen Erdteilen bereits ein Stück dieser Freiheit erkämpft – wie das Volk von Nicaragua, das seine Probleme heute selbst löst, sich zum Beispiel eine freie Gesundheitsversorgung geschaffen und den Analphabetismus bekämpft hat. Der Großgrundbesitz ist aufgeteilt worden und das Volk hat die Macht. Es ist gerade die Jugend Nicaraguas, die den Befreiungskampf ihres Landes trägt – gegen die Einmischung der USA und des Imperialismus. Um uns (die „freie Welt") angeblich vor dem Kommunismus zu bewahren, spielen die USA die Rolle des „Weltpolizisten". In Wirklichkeit wird aber die Freiheit des Kapitals geschützt, nämlich die Freiheit, die Länder der „3. Welt" auszuplündern und die Profite der großen Konzerne zu mehren. Das halb-herzige Vorgehen der USA und anderer kapitalistischer Länder gegen die Rassisten in Südafrika haben diese Erkenntnis erneut bestätigt.

Aber es gibt auch den Druck der Friedensbewegung, der Bewegungen für internationale Solidarität. Es gibt unser Engagement in 3.-Welt-Gruppen, in kirchlichen Initiativen und in ähnlichen Bewegungen. Mit den Befreiungsbewegungen in Afrika, Asien und Lateinamerika sind wir eng verbunden. Wir fordern, daß Schluß gemacht wird mit der Unterstützung faschistischer und rassistischer Systeme in der „3. Welt" (insbesondere den Boykott der Rassisten in Südafrika). Und wir fordern, daß weniger Geld in die Rüstung, dafür aber mehr Geld in die Entwicklung der „3. Welt" fließt.

Sinnvoll arbeiten und leben: dies heißt auch internationale Solidarität mit anderen Völkern, mit den Jugendlichen in Ost und West, Nord und Süd. Deshalb pflegen wir Jusos auch freundschaftliche Beziehungen zu den Jugendverbänden in anderen Ländern. Deshalb fordern wir einen verstärkten Jugendaustausch mit den sozialistischen Staaten Osteuropas und Partnerschaften mit Schulen, Lehrwerkstätten und Universitäten in Nicaragua und anderen Entwicklungsländern. Wir wollen miteinander reden und voneinander lernen. Denn wir wollen eine Zukunft für die Jugend – weltweit!

Wir verstehen uns spielend

Die Völkerverständigung fängt im eigenen Land an. Hunderttausende von ausländischen Jugendlichen leben in der Bundesrepublik. Ihre Eltern sind vom westdeutschen Kapital in unser Land geholt worden, als es massenhaft Arbeitskräfte brauchte. Heute sind sie von Arbeitslosigkeit und Armut besonders betroffen. Dies gilt erst recht für ausländische Jugendliche. Heute heißt es, daß die Ausländer den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen. Durch diese Sprüche sollen wir gespalten werden, während diejenigen, die über die Arbeitsplätze verfügen – die Unternehmer –, sich ins Fäustchen lachen können. Ausländerfeindlichkeit macht sich breit. So wird versucht, die Grenzen dicht zu machen, keine Leute mehr rein zu lassen, die in ihrer Heimat verfolgt werden oder bittere Not leiden. Auch hier wird Ausländerhaß angestachelt. Und bei vielen Jugendlichen ziehen ausländerfeindliche Parolen. Hieran setzen die Nazis von heute an: Soziale Not, Frust und Gewalt schaffen ein Klima, in dem sie sich festsetzen. Viele Fußballfanclubs sind dafür Beispiele. Wir versuchen mit Jugendlichen zu reden, die ihren Frust im Ausländerhaß und Nazi-Parolen auslassen. Wir wollen aber auch faschistische Organisationen und ihre Anführer kompromißlos bekämpfen – und zwar bis zum Verbot.

Diesen Kampf gegen alle Formen von Nazi-Ideologie und Nazi-Politik nennen wir „Antifaschismus". Dieser Kampf hat seine Wurzeln im Kampf gegen die Hitlerdiktatur, gegen den Rassenwahn und den Krieg der Nazis. Heute geht es vor allem gegen den Ausländerhaß, für Freundschaft mit den ausländischen Jugendlichen, die bei uns leben, und mit denen, die noch an den Grenzen warten. „Mach meinen Kumpel nicht an", heißt eine Losung der Gewerkschaftsjugend, um unsere Solidarität mit diesen Jugendlichen auszudrücken. Zu einem vielfältigen und besseren Leben gehört auch, daß diese Jugendlichen hier leben und arbeiten können, daß sie ihre Kultur in unseren Alltag einbringen und daß wir voneinander lernen. Die Geschichte zeigt, daß Antifaschismus, Friedensbewegung und Völkerverständigung zusammengehören. Egal, ob unsere Eltern aus Anatolien oder aus dem Kohlenpott, aus Sizilien oder aus dem Sauerland stammen – **wir packen unsere Zukunft an: und zwar gemeinsam!**

Unser Zukunfts- und Aktionsprogramm ist ein Vorschlag. Wir wollen darüber diskutieren und wir wollen es weiterentwickeln. Doch wir wollen nicht nur darüber reden. Am wichtigsten ist nämlich, daß wir handeln und für unsere Ansprüche eintreten. Damit stehen wir vor der großen Frage, ob wir uns durchsetzen können und wie wir uns durchsetzen können. Es heißt „Die da oben machen sowieso, was sie wollen". Es heißt, daß man dagegen nichts machen kann und selbst sehen muß, wie man klar kommt mit der Zukunft. Und viele von uns fragen sich, ob der politische und persönliche Einsatz überhaupt lohnt. Sicher: Wir haben mächtige Gegner. Gerade wir Jusos haben immer behauptet, daß in dieser Gesellschaft zunächst einmal das große Kapital das Sagen hat. Dies zeigt sich ein ums andere Mal. Und die Macht des Kapitals schlägt sich auch im Staat nieder: Während die einen klar die Interessen des Kapitals vertreten (die CDU/CSU in ihrer Mehrheit), versuchen sich andere mit der Macht des Kapitals zu arrangieren (die SPD in ihrer Mehrheit). Wir aber müssen uns immer wieder klarmachen, daß die Mächtigen eine ganz kleine Minderheit sind. Diejenigen aber, die um ihre Arbeits- und Lebensperspektiven bangen müssen und deren Zukunft ungewiß ist, stellen die Mehrheit dar. Und diese Mehrheit müssen wir sichtbar werden lassen.

Wir müssen uns in die „große Politik" einmischen. In der Schule haben wir gelernt, daß dafür die Wahlen da sind. Viele von uns gehen auch wählen, nachdem sie 18 geworden sind. Doch es bleibt immer wieder das schale Gefühl, zwischen den Wahlen machtlos und ohne Einfluß zu sein. Viele von uns gehen deshalb auch überhaupt nicht wählen. Wir Jusos halten dies zwar für falsch, weil sich in Wahlen immer wieder die Frage nach der Mehrheit stellt. Richtig ist aber: Es geht nicht ohne unseren Einsatz in Bürgerinitiativen, in Verbänden, in Parteien und Bewegungen. Um Wahlen und die Politik zwischen den Wahlen zu beeinflussen – gegen die Macht des Kapitals –, ist vor allem Bewegung notwendig. Dies ist die Erfahrung der Friedens- und der Frauenbewegung, der Bewegung gegen die Kernkraftwerke und gegen die Volkszählung. Und dies ist auch die Erfahrung der Arbeiterbewegung, die Erfahrung der Gewerkschaften: Mit 8 Millionen Mitgliedern, mit Hunderttausenden von Aktiven und mit ihrer Organisation sind sie die wichtigste Kraft für eine lebenswerte Zukunft.

Wir Jusos arbeiten aktiv in diesen Bewegungen mit. Wir verstehen uns vor allem als Teil der organisierten Arbeiterbewegung. Und wir setzen uns dafür ein, daß sich möglichst viele Jugendliche organisieren. Wir brauchen Bewegung und Organisation. Dies gilt gerade für unsere eigene Partei – für die SPD. Sie hat in der Vergangenheit viele Jugendliche enttäuscht, weil sie sich mit den herrschenden Verhältnissen in Wirtschaft und Staat arrangiert hat, weil sie nicht bereit war, gegen mächtige Gegner zu kämpfen, weil es an Zukunftsperspektiven fehlte. Aber diese Partei ist über tausende von Fäden mit den sozialen Bewegungen, mit den Ansprüchen und Bedürfnissen vieler Millionen Menschen verbunden. Und weil wir um diese Ansprüche und Bedürfnisse kämpfen (die auch unsere eigenen sind), wollen wir Jusos diese Fäden nutzen. Denn die Sozialdemokratie bleibt die wichtigste politische Kraft für gesellschaftliche Fortschritte.

Wir Jusos sagen es ganz klar: Die Jugend und die Bewegungen brauchen die Sozialdemokratie und die Sozialdemokratie braucht die Bewegungen und die Jugend. Und deshalb führen wir den Kampf um unsere Zukunft auch in dieser Partei und mit dieser Partei. Wir haben die Weisheit nicht mit Löffeln gefressen und erheben keinen Anspruch auf Alleinvertretung in Sachen Jugend. Wir wollen mit allen zusammenarbeiten, die für ihre Interessen und Ansprüche eintreten und für mehr soziale und demokratische Rechte, für Frieden und Völkerverständigung kämpfen. Aber wir sind uns verdammt sicher, daß wir als Jugendverband der SPD einen wichtigen Platz einnehmen, daß es sich lohnt, um die SPD zu ringen und bei uns mitzumachen.

Wir brauchen also Bewegung und Organisation. Und wir brauchen einen langen

Atem. Wir Jusos wollen eine andere, eine sozialistische Gesellschaftsordnung. Weil wir nur dann unsere Hoffnungen auf eine lebenswerte Zukunft wirklich erfüllen können. Aber wir wollen auch nicht warten, sondern jetzt erste Schritte gehen. Unsere Vorschläge haben wir im Aktionsprogramm dargelegt. **Für den Kampf um die Zukunft brauchen wir schließlich und endlich auch Kraft. Und die können wir uns besorgen, wenn wir gemeinsam versuchen, unser Leben zu gestalten – schon jetzt rauszuholen, was rauszuholen ist.** In der Schule und in der Freizeit, im Betrieb und anderswo. Wir wollen unsere Beziehungen zu anderen Menschen bewußt gestalten und ausbauen. Dies gilt vor allem für die Beziehungen zwischen jungen Männern und jungen Frauen. Hierbei sagen wir ganz deutlich, daß wir vor allem auf die Ansprüche und die Kraft dieser Frauen setzen. Denn ohne diese Kraft werden wir unser zukünftiges Leben nicht gemeinsam gestalten und planen können. Unser Zukunfts- und Aktionsprogramm setzt an dieser Stelle an. Wir wollen uns das ganze Leben aneignen. Dazu gehört auch die politische Arbeit, dazu gehört letztlich auch die Organisation. **Wir Jusos wollen die Zukunft anpacken, die Gesellschaft verändern. Trau Dich und mach mit!**

○ Ich möchte bei den Jusos mitarbeiten

○ Ich möchte weitere Informationen über die Jusos

Name: _____

Adresse: _____

_____

Telefon: _____

An
die Jusos
in der SPD
Ollenhauerstraße 1

5300 Bonn